

[Ausgabe vom 13.06.2017](#)

»Unter den Augen der Welt«

Die israelische Besatzungspolitik war Gegenstand einer Konferenz in Frankfurt am Main zum 50. Jahrestag des Sechstagekriegs

Von Karin Leukefeld



Palästinenser auf dem Weg zum Freitagsgebet in der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem (9. Juni 2017)
Foto: REUTERS/Mohamad Torokman

Hass und Solidarität

Gegen die Konferenz »50 Jahre israelische Besatzung« hatte der Verein »Honestly Concerned« (Ehrlich beunruhigt) eine Kundgebung unter dem Motto »Wir stehen zu Israel« organisiert. Unter den rund 150 Demonstranten waren auch der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, Volker Beck, die Frankfurter Stadtverordnete Jutta Ditfurth (Ökolinx), der Frankfurter Bürgermeister Uwe Becker (CDU),

Vertreter vom Zentralrat der Juden in Deutschland, der Prozionistischen Linken Frankfurt und des American Jewish Committee. Die Gruppe »Thunder in Paradise« hatte ihren Koaufruf »Palästina halt's Maul« überschrieben. Auf Plakaten wurde u. a. gefordert: »Free Gaza from Hamas« (Befreit Gaza von der Hamas). Volker Beck erklärte: »Wer gegen Zionismus ist, der ist gegen Israel.«

Der israelische Historiker Moshe Zuckermann bezeichnete im Gespräch mit jW die Kritik an der Konferenz als »inkompetent« und wies die Aussage des Frankfurter Stadtoberhaupts zurück, wonach die Teilnehmer der Konferenz in Frankfurt unerwünscht seien. Er habe niemanden um Erlaubnis zu fragen, wenn er reden wolle. Zudem habe er in Frankfurt gelebt, als Becker noch gar nicht geboren war.

Die Holocaustüberlebende und Musikerin Esther Bejarano und der Schauspieler Rolf Becker sandten eine Solidaritätsbotschaft an Moshe Zuckermann und die anderen Konferenzteilnehmer. Darin heißt es:

»Sie nennen mich /
Verräter an meinem Volk /
Sie nennen mich /
Jüdischer Antisemit /
weil ich spreche von dem /
was sie tun in Israels Namen /
gegen Palästinenser /
gegen Araber anderer Länder /
und auch gegen Juden /
die totgeschwiegen werden

Lieber Moshe, ›Zur Zeit der Verleumder‹ überschrieb Erich Fried vor einem halben Jahrhundert sein Gedicht – nicht ahnend, dass zu den Verleumdern heute die wissenden Ditfurths und ein offenbar unwissender Bürgermeister gehören könnten, die nicht in der Lage zu sein scheinen, zwischen der Kritik an der israelischen Regierung und der Verteidigung von menschlichen Rechten auf Leben zu unterscheiden, sich darüber hinaus anmaßen, als Deutsche darüber zu entscheiden, wer als Jude zu akzeptieren ist. Und das in der Stadt mit der Paulskirche, der ›Wiege der deutschen Demokratie‹ (John F. Kennedy). Dich zitierend: ›Wer meint, den Antisemitismus bekämpfen zu sollen, vermeide es vor allem, Israel, Judentum und Zionismus, mithin Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik wahllos in seinen deutschen Eintopf zu werfen, um es je nach Lage opportunistisch zu verkochen und demagogisch einzusetzen ...‹. Dir, den mit Dir Referierenden und den Euch zustimmenden Versammelten solidarische Grüße.« (kl)

Bis zu 200 Besucher drängten sich am vergangenen Wochenende im Ökohaus »Ka Eins« und sorgten im Austausch mit Referierenden aus Palästina, Israel und Deutschland für eine lebhafteste Debatte: Zum 50. Jahrestag des Sechstagekriegs 1967 fand die Konferenz »50 Jahre israelische Besatzung« in Frankfurt am Main statt.

Die Geschäftsführung des »Ka Eins« hatte zunächst unter deutlichem Druck einer deutschen und internationalen Lobby sowie des Frankfurter Bürgermeisters Uwe Becker (CDU) den Vertrag mit

dem Koordinationskreis Palästina Israel (KOPI) im März gekündigt. KOPI klagte und erhielt vom Frankfurter Amtsgericht recht. Weil Interessenvertreter um den Verein »Honestly Concerned« – die Stadtverordnete Jutta Ditzfurth, der Bundestagsabgeordnete Volker Beck (Grüne) und der Zentralrat der Juden – eine Protestkundgebung angekündigt hatten, organisierte sich ein Bündnis »Free Palestine«, um den Forderungen der Konferenz auf einer weiteren Gegendemonstration Nachdruck zu verleihen. Am Freitag abend war ein Großaufgebot der Wiesbadener Bereitschaftspolizei rund um den Veranstaltungsort positioniert. An beiden Tagen verlief die Konferenz jedoch störungsfrei.

Den Auftakt machten am Freitag abend George Rashmawi von der »Palästinensischen Gemeinde Deutschland« und der israelische Historiker Moshe Zuckermann, die schonungslos Fakten und Analysen der palästinensischen und israelischen Gesellschaften präsentierten. Die israelische Besatzung nehme den Palästinensern politisch, ökonomisch und sozial die Luft zum Atmen, so Rashmawi, der für die Unterstützung der BDS-Kampagne plädierte. Von der palästinensischen Zivilgesellschaft bereits 2005 ins Leben gerufen, fordert BDS (Boycott, Divestment, and Sanctions) einen Boykott der israelischen Wirtschaft und den Abzug ausländischer Investitionen aus Israel. Ziel sei, dass das Land den Palästinensern ihre international verbrieften Rechte einräumt und sich aus den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten zurückzieht. Der palästinensische Widerstand werde fortgesetzt, »bis wir unsere Freiheit haben«.

Zuckermann kennzeichnete das Vorgehen Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten als »Barbarei«. Die Gewalt, die dort tagtäglich verübt werde, habe auch Einzug in die israelische Gesellschaft gehalten. Ein großer Teil der Israelis habe sich damit arrangiert und blende dies aus dem eigenen Leben aus. Israel wolle keinen Frieden, weil es sich »der Nachhaltigkeit des eigenen politischen Projekts nicht sicher« sei, so seine These. Der Zionismus habe das Land und die Region an den Abgrund geführt und sei gescheitert. Das zionistische Israel brauche den Antisemitismus, um die eigene Existenz zu behaupten. Hinsichtlich der BDS-Kampagne äußerte sich Zuckermann zurückhaltend – wirkungsvoller sei es, wenn die USA ihre finanzielle und militärische Unterstützung für Israel einstellten.

Von palästinensischer Seite waren die frühere Sozialministerin Madschida Al-Masri (Nablu) und der Sprecher der Bewegung »Stoppt den Mauerbau«, Dschamal Dschumaa (Jerusalem), angereist. Neben dem Historiker Ilan Pappé und dem Völkerrechtler Norman Paech sprach auch die Vorsitzende der »Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost«, Iris Hefets. Sie kritisierte zunächst den Einladungstext der Veranstalter. Deutschland habe »aufgrund des Holocaust eine doppelte Verpflichtung«, hatte es da geheißen: »Dafür zu sorgen, dass Juden hier und in Israel sicher leben können und nie wieder verfolgt werden«, und Deutschland dürfe auch »nicht wegschauen, wenn den Palästinensern, die am Holocaust keine Schuld tragen, Unrecht geschieht«. Deutschland habe zwar die Pflicht, jeden, der auf deutschem Boden lebe, zu schützen, egal, welcher Religion er angehöre, so Hefets. Die BRD habe aber »keinerlei Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Menschen woanders sicher leben können«, es sei denn, es werde »unter sehr bestimmten Bedingungen« gebeten, die Bundeswehr zu schicken. Als Israelin in Israel von Deutschland beschützt zu werden sei für Hefets »nicht besonders attraktiv«.

Im Gespräch mit jW sagte Marius Stark seitens der Veranstalter dazu, man habe natürlich nicht gemeint, dass die Bundeswehr Israelis in Israel schützen solle. Im Gegenteil, man lehne die massive militärische Unterstützung für und Zusammenarbeit mit Israel sowie deutsche Rüstungsexporte in

die Region ohne Wenn und Aber ab. Stark nannte als Beispiel dafür das vereinbarte Leasing israelischer Drohnen für die Bundeswehr sowie die Ausbildung von deutschen Drohnenpiloten und Spezialkräften im Häuserkampf in Israel.

Hefets sprach ausführlich über die israelische Staatenbildung nach der Nakba (arabisch für »Katastrophe«) 1947/48, während der rund 750.000 Palästinenser vertrieben und viele Dörfer zerstört worden waren. Um eine »jüdische Mehrheit« zu schaffen, sei von der zionistischen Führung (allesamt Aschkenasim bzw. europäische Juden) die Rückkehr der Palästinenser verhindert und ein Transfer von Juden nach Palästina und Israel organisiert worden. Die Misrachim oder arabischen Juden, die keine Zionisten waren, seien zur Unterschicht im neuen Staat geworden.

Einen weiteren historischen Bogen spannte der Geschichtswissenschaftler Ilan Pappé. Er bezeichnete Israel als Siedlerkolonie, die schon während des Ersten Weltkriegs für sich geworben hatte und der von der britischen Regierung mit der Balfour-Erklärung von 1917 Eigenstaatlichkeit versprochen worden war. Die Unterdrückung der Einwohner Palästinas habe lange vor 1967 begonnen, beispielsweise als die zionistische Bewegung 1947/48 palästinensische Städte systematisch zerstört habe. Alles sei »unter den Augen der Welt« geschehen, so Pappé. Man müsse über die Wirklichkeit und die Verbrechen in Israel und Palästina sprechen, erklärte Pappé unter Verweis auf die Einschüchterungspolitik einschlägiger Lobbyisten in Deutschland. Ein Schlusstrich unter den Zionismus wäre letztlich gut für Palästinenser und Juden.